

Und sonst

Ja zu höheren Familienzulagen

Der Kantonsrat behandelte in erster Lesung die Erhöhung der Familienzulagen. Die Kinderzulagen und die Ausbildungszulagen sollen um je 20 Franken auf 220 respektive 270 Franken pro Monat steigen. Finanziert werden die Zulagen durch die vorhandenen Mittel der Schwankungsreserve.

Gesuch um Einbürgerung abgelehnt

Der Kantonsrat genehmigte 13 Gesuche von 21 Personen aus 8 Ländern für das Kantonsbürgerrecht. Einzig das Gesuch eines Mannes aus Sri Lanka wurde auf Antrag der Regierung abgelehnt. Der Mann habe insbesondere die schweizerische Rechtsordnung nicht beachtet, seine Strafbefehle würden das tolerierbare Mass übersteigen. Die Gesuche wurden vom Kantonsrat behandelt, weil sie noch nach altem Recht gestellt worden waren.

Kenntnisnahme von Berichten

Der Rat nahm Kenntnis von den Berichten der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen zum Geschäftsbericht des Verkehrssicherheitszentrums Obwalden/Nidwalden für 2019 sowie dem Geschäftsbericht des Informatikleistungszentrums Obwalden/Nidwalden. Weiter nahm er Kenntnis vom Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten.

«Man entfernt gleich das Rad»

Finanzausgleichsgesetz Im Finanzausgleichsgesetz des Kantons Obwalden soll ein Passus gestrichen werden, der besagt, dass Einwohnergemeinden keinen Anspruch auf einen Ressourcenausgleich hätten, wenn ihr Steuerfuss unter demjenigen einer Gebergemeinde liege. Dieser hatte 2017 eine Blockade des Ressourcenausgleichs zur Folge, weil Lungen wegen eines einmaligen Steuerwachstums zu einer Gebergemeinde wurde. Ende 2019 erhöhte Kerns seinen Steuerfuss für 2020 um 0,01 Einheiten, um nicht auf 4,1 Millionen Franken aus dem Finanzausgleich verzichten zu müssen.

Cornelia Kaufmann (CVP, Engelberg) stellte einen Rückweisungsantrag zu dem Geschäft. Bei der Beratung des Gesetzes 2016 habe es geheissen, man könne an keinem Rädchen mehr drehen, ohne dass alles zusammenfalle. «Nun entfernt man gleich das Rad.» Sie forderte, dass Alternativen zur Streichung auf den Tisch kommen sollten. So habe der Rat eine Entscheidungsgrundlage.

Es seien Ideen diskutiert worden in der Kommission, sagte Niklaus Vogler. Darum solle man das Geschäft der Regierung noch einmal zurückgeben. Der Rückweisungsantrag wurde mit 20 Ja zu 30 Nein bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Die Schlussabstimmung zu der Vorlage findet nach der zweiten Lesung statt. (mu)

Kesb hat guten Weg eingeschlagen

Der Kantonsrat befasste sich mit einem Bericht über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.

Martin Uebelhart

Der Obwaldner Regierungsrat hat dem Kantonsrat einen Evaluationsbericht zur Umsetzung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts vorgelegt. Der Bericht stellt der Obwaldner Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) gute Noten aus.

Der Start der Behörde, die 2013 ihre Arbeit aufgenommen hat, sei eine Herausforderung gewesen, sagte Kommissionspräsidentin Regula Gerig (CSP, Alpnach) gestern in der Kantonsratsdebatte in der Sarnen Aula Cher. Der Bericht sei von einer breit abgestützten Arbeitsgruppe unter Einbezug aller Akteure erstellt worden.

Aufgrund des Berichts hat die Regierung verschiedene Massnahmen ins Auge gefasst. So soll die Trägerschaft und Organisation der Berufsbeistandschaft in der Kompetenz der Gemeinden bleiben. Weiter sollen die privaten Beistandspersonen durch die Schaffung einer Fachstelle in die Kesb integriert werden. Für diese sind 0,5 Stellen vorgesehen, und es soll eine Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton und den Gemeinden geben. Vorgeesehen ist ausserdem, die Kesb in der heutigen Organisationsstruktur mit 900 Stellenprozenten beizubehalten.

SVP beantragte zusätzliche Anmerkungen

In der Debatte wurde die Arbeit der Kesb anerkannt, die sich nach Anfangsschwierigkeiten konsolidiert habe, wie Guido



Die Kantonsräte fällten unter besonderen Bedingungen ihre Entscheide.

Bild: Urs Hanhart (Sarnen, 28. Mai 2020)

Cotter (SP, Sarnen) anmerkte. Roland Kurz, (FDP, Sachseln) befand, die zusätzliche Fachstelle mache Sinn.

Die SVP beantragte, zusätzliche Anmerkungen in den Bericht aufzunehmen. So soll die Fachstelle auf ein Jahr befristet werden. Später soll die Stelle in der Gemeindeabteilung nach einem neuen Finanzierungsmodell enthalten sein. Zudem solle berücksichtigt werden, dass

sechs von sieben Gemeinden die Rekrutierung und Betreuung von privaten Beistandspersonen bei der Gemeinde belassen wollte. Der Kantonsrat erklärte diese beiden Anmerkungen für nicht erheblich.

Auseinandergesetzt hat sich der Rat auch mit der Finanzierung der Kesb. Eine Verordnung stellt diese bis Ende 2020 sicher, weshalb sie neu geregelt werden muss. Heute beträgt die

Abteilung der kantonalen Behördenorganisation durch die Einwohnergemeinden 0,055 Steuereinheiten. Neu soll sie dauerhaft auf 0,050 Steuereinheiten reduziert werden.

Einzelne Kantonsräte konnten sich auch andere Möglichkeiten der Finanzierung vorstellen. Justiz- und Sicherheitsdirektor Christoph Amstad hielt fest, dass man die Kesb auf Wunsch der Gemeinde von ih-

nen abkopple. Das müsse mit dieser Steuerverschiebung geschehen. Gleichwohl erklärte der Rat knapp eine dritte Anmerkung der SVP als erheblich. Diese verlangt ein gerechteres Finanzierungsmodell.

Der Kantonsrat nahm mit 45 Ja zu 1 Nein bei 7 Enthaltungen vom Bericht Kenntnis. Die Finanzierung passierte den Rat mit 47 Ja zu 0 Nein bei 4 Enthaltungen.

Ruth von Rotz ist gewählt

Nach geheimer Wahl im Obwaldner Kantonsrat steht fest: Die SVP-Frau wird neue Obergerichtsvizepräsidentin.

Zu Kampfwahlen kam es im Obwaldner Kantonsrat gestern bei der Besetzung des Vizepräsidiums des Obergerichts. Die SP-Fraktion hatte Martin Dahinden aus Alpnach Dorf vorgeschlagen. Der 53-Jährige ist Teamleiter Lokpersonal bei der Zentralbahn. Dahinden sei seit 2016 Verwaltungsrichter und erfülle alle Voraussetzungen für das Vizepräsidium des Obergerichts, sagte Guido Cotter (Sarnen). Der fünffache Familienvater habe eine breite Lebenserfahrung und könne sich rasch auch in komplexe Dossiers einarbeiten.

Monika Rügger (SVP, Engelberg) schickte namens ihrer Fraktion Ruth von Rotz-Spichtig ins Rennen. Seit 2016 Richterin am Obergericht, könne sie auch Verhandlungserfahrung ausweisen, da dort im Gegensatz zum Verwaltungsgericht Verhandlungen stattfänden. Als Hauswirtschafts- und Sekundarlehrerin sowie als Schulleiterin sei sie mit grossem Engagement auf verschiedenen Bildungsebenen tätig gewesen. Heute arbeite sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Nidwaldner Bildungsdirektion. Mit Ruth von

Rotz würde erstmals ein Gerichtsvizepräsidium von der SVP besetzt. Rügger hielt auch fest, dass angesichts der SP-Vertretung im Obergerichtspräsidium bei einer Wahl Dahindens zwei Schlüsselstellen von der Partei besetzt würden. Das könne nicht im Sinne des Kantonsrats als Oberaufsichtsorgan sein und sei zudem höchst unsensibel und nicht repräsentativ.

Die SP hatte geheime Wahl beantragt, was die SVP mit Unverständnis quittiert hatte. Die Wahl wurde schliesslich geheim durchgeführt, da sich ein Drittel der Kantonsratsmitglieder dafür ausgesprochen hatte. Bei der Wahl erreichte Ruth von Rotz mit 28 Stimmen genau das notwendige absolute Mehr und war somit gewählt.

Gewählt wurden weiter Andreas Jenny, Sachseln, als geschäftsleitender Obergerichtspräsident, Alois Vogler, CVP, Alpnach, als Vizepräsident des Verwaltungsgerichts sowie Hans Peter Huez, Sachseln, FDP, als Vizepräsident des Kantonsgerichts.

Martin Uebelhart

Rat stützt den Spital-Notkredit

Das Kantonsspital Obwalden hat eine Soforthilfe von 4,4 Millionen Franken erhalten. Der Kantonsrat steht ohne Gegenstimme dahinter.

Der Kantonsrat beschäftigte sich gestern mit der Überschreitung des leistungsbezogenen Kredits 2020 des Kantonsspitals Obwalden. Aufgrund der Bestimmungen des Bundes zur Bekämpfung des Coronavirus musste das Kantonsspital zu Gunsten möglicher Coronapatienten den Betrieb bis auf Notfälle weitgehend herunterfahren. Insbesondere nicht zwingende Eingriffe wurden nicht mehr durchgeführt.

Da dem Kantonsspital wegen fehlender Einnahmen und gleichzeitig Mehrausgaben ein Liquiditätsengpass drohte, hatte der Regierungsrat Anfang Monat eine Soforthilfe von 4,4 Millionen Franken beschlossen. Der Kantonsrat nahm gestern mit 53 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung von der Überschreitung Kenntnis.

Kommissionspräsident Adrian Haueter (CVP, Sarnen) resümierte die Zeit seit Beginn der Coronakrise. Es seien grosse Anstrengungen unternommen worden, um auf Covid-19-Fälle vorbereitet zu sein. Vieles sei gar nie für den vorgesehenen Zweck

eingesetzt worden. «Dass es auch anders hätte kommen können, zeigt ein Blick in die Lombardei», hielt er fest.

Seit dem 27. April könnten wieder geplante Operationen durchgeführt werden. Man erwarte keinen sprunghaften Anstieg der Behandlungen, sondern eher ein langsames Hinauffahren, da auch keine voraushenden Konsultationen durchgeführt worden seien, führte Haueter weiter aus. Wichtig sei, mit der Rechnung und dem Geschäftsbericht 2020, eine Schlussabrechnung des Kredits zu erhalten, so der CVP-Kantonsrat. Denn noch sei unklar, ob zusätzliche Beiträge vom Bund oder den Versicherungen zu erwarten seien.

GDK verlangt vom Bund einen Finanzierungspipfel

Remo Fanger (SVP, Sarnen) sprach von einer bitteren Pille, die es zu schlucken gelte. «Was uns das kosten wird, wissen wir erst am Schluss», sagte er. «Dass wir verschont geblieben sind, schmälert den Einsatz des Gesundheitspersonals nicht im

Geringsten», befand wiederum Peter Lötscher (SP, Sarnen). Das zusätzliche Geld bedeute nicht nur Kosten, sondern auch eine Investition ins Gesundheitswesen. Andreas Sprenger (CSP, Alpnach) hielt fest, die Entscheidung des Regierungsrates werde wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Finanzdirektorin Maya Büchi betonte, dass ein Liquiditätsengpass des Spitals verheerende Folgen gehabt hätte. «Man stelle sich vor, die Löhne hätten nicht mehr gezahlt werden können oder Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten wären offen geblieben.»

Zu allfälligen weiteren Beiträgen sagte sie, dass die Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) in intensiven und manchmal emotionalen Gesprächen mit dem Department von Bundesrat Berst sei. «Wir verlangen einen Finanzierungspipfel», hielt sie fest. Dieser sollte nach der Vorstellung der GDK noch im Juni stattfinden. Denn alle Kantone begännen demnächst mit dem Erstellen des Budgets für das kommende Jahr. (mu)